

Schwerpunkte der Plenarsitzung vom 7. bis 10. März 2016

[03-03-2016 - 16:01]

Plenartagung

Flüchtlingskrise: Debatte zum EU-Türkei-Sondergipfel, Umsetzung Migrationsagenda	4
<p>Jeanine Hennis-Plasschaert, als Vertreterin der niederländischen EU-Ratspräsidentschaft, und Kommissions-Vizepräsident Valdis Dombrovskis werden am Mittwochmorgen mit den Abgeordneten über die Ergebnisse des EU-Türkei-Sondergipfels zur Migration vom 7. März diskutieren. Die Erwartungen an den für den 17.-18. März angesetzten EU-Gipfel werden ebenfalls zur Debatte stehen.</p>	
Abgeordnete fordern EU-Maßnahmen zum Schutz der weiblichen Flüchtlinge ..	5
<p>Eine Reform der Migrations- und Flüchtlingspolitik sowie ihrer Verfahren muss geschlechtsspezifische Maßnahmen enthalten, um die Sicherheit weiblicher Asylsuchender zu garantieren, die oft mit jungen Kindern und anderen Familienangehörigen reisen, sagen die Abgeordneten in einem Entschließungsentwurf, über den Dienstag abgestimmt wird. Kurz vor der Abstimmung wird der UN-Hochkommissar für Flüchtlinge Filippo Grandi im Plenum sprechen.</p>	
Debatte mit dem schwedischen Premierminister Stefan Löfven	7
<p>Der schwedische Premierminister Stefan Löfven nimmt am Mittwochnachmittag an einer Plenardebatte zur aktuellen Lage der EU teil. Der Sozialdemokrat steht seit Oktober 2014 der ersten Koalition zwischen Sozialdemokraten und Grünen überhaupt in seinem Land vor. Im Anschluss an die Plenardebatte werden Löfven und der Präsident des Europäischen Parlaments Martin Schulz gemeinsam vor die Presse treten.</p>	
Schulmilch- und Schulobstprogramme: Mehr Geld, besserer Unterricht für Kinder	8
<p>Die Schulmilch- und Schulobstprogramme sollen stärker unterstützt und der Unterricht über gesunde Ernährungsgewohnheiten verbessert werden. So steht es in einem Gesetzentwurf, über den sich Rat und Parlament bereits geeinigt haben, und der am Montag zur Debatte und am Dienstag zur Abstimmung steht. Im Falle einer Annahme des Kompromisses werden die EU-Schulmilch- und Schulobstprogramme zusammengeführt und die jährliche Finanzausstattung um 20 Millionen Euro auf 250 Millionen Euro erhöht.</p>	
Abgeordnete fordern stärkere Bekämpfung von Tierseuchen	9
<p>Am Dienstag stimmen die Abgeordneten über neue Maßnahmen zur Verhinderung und Bekämpfung von Tierseuchen wie zum Beispiel die afrikanische Schweinepest oder die Vogelgrippe ab. Die Debatte findet am Montag statt. Der Gesetzentwurf über Seuchen, die auf Tiere und möglicherweise auch Menschen übertragbar sind, legt den Schwerpunkt auf die Vorbeugung und soll die Fachleute dabei unterstützen, mit der wissenschaftlichen Entwicklung Schritt zu halten.</p>	
“Superbugs”: Abgeordnete wollen Antibiotikabehandlung bei Tieren einschränken	10
<p>Um die zunehmende Resistenz von Bakterien gegen Antibiotika zu bekämpfen, sollte die Verwendung bestehender antimikrobieller Medikamente eingeschränkt und die Entwicklung neuer Wirkstoffe vorangebracht werden, so die Abgeordneten. Am Donnerstag stimmen sie über eine Überarbeitung eines EU-Gesetzes zu Tierarzneimitteln ab und werden sich voraussichtlich für ein Verbot kollektiver und vorbeugender Antibiotikabehandlung bei Tieren sowie die Förderung der Erforschung neuer Medikamente aussprechen.</p>	
Kampf gegen Zigarettschmuggel: Abstimmung über Abkommen mit Tabakriesen	12

Plenartagung

Um herauszufinden, ob die Abkommen zur Bekämpfung von Zigaretenschmuggel und -fälschungen mit den vier größten Tabakfirmen auch Wirkung zeigen, muss die Überwachung verbessert werden, so die Abgeordneten in einem Entschließungsentwurf, über den sie am Mittwoch abstimmen. Laut dem Text sind sie mit der kürzlich durchgeführten Bewertung des Abkommens mit Philip Morris International (PMI), das im Juli 2016 ausläuft, nicht vollständig zufrieden.

Entsendung von Arbeitnehmern ins Ausland: Debatte zu neuen Vorschriften . . . 14

Am Dienstagnachmittag wird die für Beschäftigung zuständige EU-Kommissarin Marianne Thyssen vor dem Plenum die Neufassung der Vorschriften zur Entsendung von Mitarbeitern vorstellen, unmittelbar nach der Verabschiedung des Vorschlags durch das Kollegium der Kommissionsmitglieder.

Internationaler Schutz für 'Whistleblowers' 15

Die Frage: "Wie beschützt man 'Whistleblowers'?" werden die Abgeordneten am Mittwoch der Kommission und dem Rat zur Diskussion stellen. Die Abgeordneten werden sich voraussichtlich mit dem Fall des Informanten und WikiLeaks-Gründers Julian Assange befassen.

Effizientere Hafendienste zur Förderung von Handel und Wachstum 16

Am Dienstag stimmen die Abgeordneten über einen Gesetzesentwurf für effizientere und kostengünstigere Dienstleistungen in den Seehäfen der EU ab. Zu solchen Diensten gehören Schlepp-, Festmach- und Betankungsdienste. Die geplanten Vorschriften sollen für mehr Transparenz bei der Erhebung von Gebühren für genannte Dienstleistungen und für die Nutzung der Hafeninfrastruktur sorgen, um Preismissbrauch zu verhindern und fairen Wettbewerb zu gewährleisten.

Haushaltsprioritäten 2017: Krisenbewältigung und rascherer Wirtschaftsaufschwung 17

Der EU-Haushalt 2017 sollte sich einerseits weiter auf die Bewältigung der Flüchtlingskrise konzentrieren, andererseits die Beschleunigung der langsamen wirtschaftlichen Erholung durch verstärkte und verbesserte Investitionen. So steht es in einem Entschließungsentwurf, über den das Parlament am Mittwoch abstimmt. Die Abgeordneten heben die aktuellen Probleme der Langzeit- und Jugendarbeitslosigkeit sowie die Ungleichheiten in der wirtschaftlichen Entwicklung in der gesamten EU hervor.

Contergan-Opfer: Debatte mit der EU-Kommission 18

50 Jahre nach dem Contergan-Skandal kämpfen die Opfer in mehreren EU-Ländern noch immer für eine angemessene Entschädigung. Der Arzneistoff Thalidomid (Markenname: Contergan) wurde während der 1950er und 1960er Jahre zur Behandlung morgendlicher Übelkeit bei schwangeren Frauen vermarktet. Später erwies sich, dass Thalidomid schwere Geburtsschäden verursachte. Die Abgeordneten werden mit der Kommission über eine mögliche EU-Unterstützung für die Opfer diskutieren.

Weitere Tagesordnungspunkte 19

Weitere Themen auf der Tagesordnung

Armin WISDORFF	BXL: (+32) 2 28 40924 STR: (+33) 3 881 73780 PORT: +32 498 98 13 45 EMAIL: presse-DE@europarl.europa.eu
Michaela FINDEIS	BXL: (+32) 2 28 31141 STR: (+33) 3 881 73603 PORT: (+32) 498 98 33 32 EMAIL: presse-DE@europarl.europa.eu
Huberta HEINZEL	STR: (+33) 3 881 74646 PORT: (+43) 676 550 3126

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/plenary>

Weitere Informationen

- [Tagesordnung](#)

Plenartagung

- [Live-Übertragungen der Plenartagung auf EP Live](#)
- [Europarl TV](#)
- [Pressekonferenzen und weitere Veranstaltungen auf EP Live](#)
- [Webseite des Audiovisuellen Dienstes des EP \(EN\)](#)
- [EP Newshub](#)

Plenartagung

Flüchtlingskrise: Debatte zum EU-Türkei-Sondergipfel, Umsetzung Migrationsagenda

Jeanine Hennis-Plasschaert, als Vertreterin der niederländischen EU-Ratspräsidentschaft, und Kommissions-Vizepräsident Valdis Dombrovskis werden am Mittwochmorgen mit den Abgeordneten über die Ergebnisse des EU-Türkei-Sondergipfels zur Migration vom 7. März diskutieren. Die Erwartungen an den für den 17.-18. März angesetzten EU-Gipfel werden ebenfalls zur Debatte stehen.

Der Sondergipfel der EU-Staats- und Regierungschefs mit dem türkischen Premierminister Ahmet Davutoğlu wurde einberufen, um sich mit dem Bedarf an humanitärer Hilfe der Flüchtlinge und Migranten, die in Griechenland und der Türkei festsitzen, sowie mit der Umsetzung des Aktionsplans zwischen der EU und der Türkei zu beschäftigen. Auch das Thema der Wiederherstellung normaler Verhältnisse im Schengenraum steht auf der Tagesordnung.

Am Dienstagnachmittag wird die EU-Kommission die Abgeordneten über den Stand der Dinge bei der Umsetzung der Europäischen Migrationsagenda und die Fortschritte bei der Umsiedlung von Flüchtlingen informieren.

Debatten: Dienstag, den 8. März und Mittwoch, den 9. März

Verfahren: Erklärungen von Rat und Kommission mit anschließender Debatte

[#euco](#) [#refugeecrisis](#) [#UkinEU](#) [#EUCO](#) [#migration](#) [@JunckerEU](#) [@euocopresident](#)

Weitere Informationen

- [Rat der EU / Europäischer Rat](#)
- [Tagesordnung für den Europäischen Rat am 17.-18. März](#)
- [Europäische Migrationsagenda](#)
- [EP-Hintergrundinformationen: "Outlook for the European Council of 18-19 February 2016" \(auf Englisch\)](#)

Plenartagung

Abgeordnete fordern EU-Maßnahmen zum Schutz der weiblichen Flüchtlinge

Eine Reform der Migrations- und Flüchtlingspolitik sowie ihrer Verfahren muss geschlechtsspezifische Maßnahmen enthalten, um die Sicherheit weiblicher Asylsuchender zu garantieren, die oft mit jungen Kindern und anderen Familienangehörigen reisen, sagen die Abgeordneten in einem Entschließungsentwurf, über den Dienstag abgestimmt wird. Kurz vor der Abstimmung wird der UN-Hochkommissar für Flüchtlinge Filippo Grandi im Plenum sprechen.

Der Entwurf besagt, dass bei der Prüfung von Asylanträgen individuelle und geschlechtsspezifische Formen von Gewalt wie Vergewaltigung, sexuelle Gewalt, weibliche Genitalverstümmelung, Zwangsheirat oder häusliche Gewalt als berechtigte Gründe, in der EU Asyl zu suchen, anerkannt werden sollten.

Es werden Maßnahmen aufgelistet, um sicherzugehen, dass die Bedürfnisse von Frauen während des Asylverfahrens erfüllt werden, wie zum Beispiel:

- getrennte Wasch- und Schlafräume für Frauen und Männer,
- die Bereitstellung von weiblichen Gesprächspartnern und Dolmetschern,
- geschlechtsspezifische Gesundheitsversorgung, zu der auch pränatale und postnatale Fürsorge gehören, sowie Beratung für traumatisierte Frauen, die geschlechterspezifische Verletzungen erlitten haben,
- Kinderbetreuung für die Zeit der Überprüfung und Anhörungen durch die Asylbehörden,
- das Recht, einen Asylantrag unabhängig vom Ehemann stellen zu können, bzw. die Aufklärung darüber, dass dies möglich ist und
- Schulungen zu geschlechtsspezifischen Themen für Personal, unter anderem umfassende Schulungen zu sexueller Gewalt, Menschenhandel und Verstümmelung weiblicher Genitalien.

Der Anteil von Frauen und Kindern unter den Flüchtlingen, die seit Beginn des Jahres 2016 Griechenland erreicht haben, um dort Asyl in der EU zu beantragen, beträgt 55%. Im Juni 2015 waren es noch 27% (UNHCR).

Soziale Situation der Frauen in Europa

Während der gemeinsamen Aussprache am Dienstagmorgen wird die EU-Kommission die Abgeordneten über den Stand der Dinge bezüglich der sozialen Situation der Frauen informieren. Zudem steht eine Entschließung zum "Gender Mainstreaming in der Arbeit des Europäischen Parlaments" der Berichterstatterin Angelika Mlinar (ALDE, AT) am Mittag zur Abstimmung.

Debatte: Dienstag, den 8. März

Abstimmung: Dienstag, den 8. März

Verfahren: Debatte und Nichtlegislative Entschlüsse

Pressekonferenz: Dienstag, den 8. März um 16:00 Uhr mit der EU-Kommissarin Vera Jourova und den Abgeordneten Iratxe García Pérez (S&D, ES), Vorsitzende des Ausschusses für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter, Mary Honeyball (S&D, UK) und Angelika Mlinar (ALDE, AT)

Plenartagung

#IWD2016 #womenrefugees

#refugeecrisis #asylumseekers

Weitere Informationen

- [Entschließungsentwurf über die Lage weiblicher Flüchtlinge und Asylsuchender in der EU](#)
- [Berichterstatterin Mary Honeyball \(S&D, UK\)](#)
- [Pressemitteilung des UNCHR](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)
- [EP-Hintergrundinformationen: "Women refugees and asylum seekers in the EU" \(auf Englisch\)](#)
- [EP-Hintergrundinformationen: "Arbitrary detention of women and children for immigration-related purposes" \(auf Englisch\)](#)

Plenartagung

Debatte mit dem schwedischen Premierminister Stefan Löfven

Der schwedische Premierminister Stefan Löfven nimmt am Mittwochnachmittag an einer Plenardebatte zur aktuellen Lage der EU teil. Der Sozialdemokrat steht seit Oktober 2014 der ersten Koalition zwischen Sozialdemokraten und Grünen überhaupt in seinem Land vor. Im Anschluss an die Plenardebatte werden Löfven und der Präsident des Europäischen Parlaments Martin Schulz gemeinsam vor die Presse treten.

Seit der Europawahl 2014 haben die folgenden EU-Staats- und Regierungschefs an Plenardebatten teilgenommen, zusätzlich zu den üblichen Debatten zu Beginn und zum Ende der turnusmäßigen EU-Ratspräsidentschaften alle 6 Monate:

- 19. Mai 2015: Der ungarische Premierminister **Viktor Orbán** zur Lage in Ungarn;
- 8. Juli 2015: Der griechische Premierminister **Alexis Tsipras** zu den EU- und Euro-Gipfeltreffen und zur Lage in Griechenland;
- 7. Oktober 2015: Der französische Präsident **François Hollande** und die deutsche Bundeskanzlerin **Angela Merkel** zur Lage der EU, und
- 19. Januar 2016: Die polnische Premierministerin **Beata Szydło** zur Lage in Polen.

Debatte: Mittwoch, den 9. März um 15:00 Uhr

Pressekonferenz: mit Premierminister Löfven und Präsident Schulz im Anschluss an die Debatte

#Lofven #Sweden

Weitere Informationen

- [Homepage von Stefan Löfven \(Englisch\)](#)

Plenartagung

Schulmilch- und Schulobstprogramme: Mehr Geld, besserer Unterricht für Kinder

Die Schulmilch- und Schulobstprogramme sollen stärker unterstützt und der Unterricht über gesunde Ernährungsgewohnheiten verbessert werden. So steht es in einem Gesetzentwurf, über den sich Rat und Parlament bereits geeinigt haben, und der am Montag zur Debatte und am Dienstag zur Abstimmung steht. Im Falle einer Annahme des Kompromisses werden die EU-Schulmilch- und Schulobstprogramme zusammengeführt und die jährliche Finanzausstattung um 20 Millionen Euro auf 250 Millionen Euro erhöht.

Die EU-Schulmilch- und Schulobstprogramme sind 2013/2014 bereits **10 Millionen (Obst)** und **19 Millionen Kindern (Milch)** in der Union zugutegekommen.

Hintergrundinformationen

Die Schulmilchregelung wurde im Jahr 1977 eingeführt. Das Schulobstprogramm, das auch Vorschriften zur Erziehung enthält, wurde 2009 eingeführt. Beide Programme wurden ins Leben gerufen, um den Verzehr von Obst, Gemüse und Milcherzeugnissen in Schulen zu fördern. Bisher galten unterschiedliche Regelungen für die Programme. Alle 28 Mitgliedstaaten nehmen am Milchprogramm, 25 unter ihnen am Obstprogramm teil (alle außer Großbritannien, Finnland und Schweden).

In den meisten Ländern geht der Verbrauch von Obst und Gemüse durch Kinder zurück. Mehr als 20 Millionen Kinder in der EU sind übergewichtig und Heranwachsende verzehren durchschnittlich nur 30-50% der jährlich empfohlenen Menge von Obst und Gemüse.

Debatte: Montag, den 7. März

Abstimmung: Dienstag, den 8. März

Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren), Einigung in erster Lesung

Pressekonferenz: Dienstag, den 8. März um 15:00 Uhr

#milk #schoolchemes #fruits #vegetables #schools

Weitere Informationen

- [Kompromiss zwischen Rat und Parlament](#)
- [Pressemitteilung zur Einigung zwischen Rat und Parlament \(16.12.2015, auf Englisch\)](#)
- [Berichtersteller Marc Tarabella \(S&D, BE\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)
- [Aufteilung der Gemeinschaftsbeihilfe für die EU-Schulmilch- und Schulobstprogramme 2015/2016 per Mitgliedstaat](#)
- [EuroparTV: Kinder gesunde Essgewohnheiten lehren](#)
- [EP-Hintergrundinformationen: Neues Schulprogramm für Obst und Milcherzeugnisse](#)

Plenartagung

Abgeordnete fordern stärkere Bekämpfung von Tierseuchen

Am Dienstag stimmen die Abgeordneten über neue Maßnahmen zur Verhinderung und Bekämpfung von Tierseuchen wie zum Beispiel die afrikanische Schweinepest oder die Vogelgrippe ab. Die Debatte findet am Montag statt. Der Gesetzentwurf über Seuchen, die auf Tiere und möglicherweise auch Menschen übertragbar sind, legt den Schwerpunkt auf die Vorbeugung und soll die Fachleute dabei unterstützen, mit der wissenschaftlichen Entwicklung Schritt zu halten.

Der Text wurde bereits zwischen Rat und Parlament im Juni 2015 vereinbart.

Das neue Tiergesundheitsgesetz, mit dem fast 40 verstreute und veraltete Gesetze überholt und erneuert werden, ist das erste EU-Gesetz, das eine klare Verbindung zwischen Tiergesundheit und Tierschutz und öffentlicher Gesundheit herstellt.

Der Entwurf stellt klar die Verantwortlichkeiten der Landwirte, Händler, Angehörigen der mit Tieren befassten Berufe einschließlich der Tierärzte, aber auch der Haustierbesitzer heraus, um die Einschleppung und Ausbreitung von Krankheiten zu vermeiden. So werden beispielsweise Landwirte, Haustierbesitzer und Händler verpflichtet, die Grundsätze der guten Tierhaltungspraxis einzuhalten sowie Tierarzneimittel umsichtig einzusetzen. Tierärzte sollen die Kenntnis über Antibiotikaresistenz verbessern und die EU-Kommission die Verwendung von Tierantibiotika überwachen.

Das neue Gesetz ermächtigt die Kommission, dringende Maßnahmen zu ergreifen, um neu auftretende Krankheiten zu bekämpfen, die „gravierende Auswirkungen“ auf die öffentliche Gesundheit und die landwirtschaftliche Produktion haben könnten.

Um zu verhindern, dass streunende Tiere oder illegal gehandelte Heimtiere Tierseuchen übertragen, haben die Abgeordneten Vorschriften eingefügt, mit denen all jene, die aus beruflichen Gründen Tiere halten oder verkaufen, verpflichtet werden, sich zu registrieren. Die Kommission wird ebenso ermächtigt, die EU-Mitgliedstaaten zur Einrichtung nationaler Datenbanken mit Hunden, Katzen, und wenn notwendig anderen Haustieren, aufzufordern.

Debatte: Montag, den 7. März

Abstimmung: Dienstag, den 8. März

Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren), Einigung in zweiter Lesung

Pressekonferenz: Dienstag, den 8. März um 15:00 Uhr

#AnimalHealth #AnimalDiseases

Weitere Informationen

- [Empfehlung für die zweite Lesung](#)
- [Text des Kompromisses mit dem Rat \(14.12.2015\)](#)
- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss committee vote endorsing the deal with Council \(23.02.2016\)](#)
- [Berichtersteller Jasenko Selimovic \(ALDE, SE\)](#)
- [EuroparTV: Weniger Antibiotika für mehr gesunde Tiere \(interview mit dem Berichtersteller\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)
- [EP-Hintergrundinformationen: "Animal Health Law - new EU rules on transmissible animal diseases" \(auf Englisch\)](#)

Plenartagung

“ Superbugs ” : Abgeordnete wollen Antibiotikabehandlung bei Tieren einschränken

Um die zunehmende Resistenz von Bakterien gegen Antibiotika zu bekämpfen, sollte die Verwendung bestehender antimikrobieller Medikamente eingeschränkt und die Entwicklung neuer Wirkstoffe vorangebracht werden, so die Abgeordneten. Am Donnerstag stimmen sie über eine Überarbeitung eines EU-Gesetzes zu Tierarzneimitteln ab und werden sich voraussichtlich für ein Verbot kollektiver und vorbeugender Antibiotikabehandlung bei Tieren sowie die Förderung der Erforschung neuer Medikamente aussprechen.

Als "Superbugs" oder "Superbakterien" werden unter anderem Bakterienstämme bezeichnet, die gegen therapeutisch genutzte Antibiotika eine breitgefächerte Resistenz entwickelt haben.

Antimikrobielle Tierarzneimittel dürfen unter keinen Umständen verwendet werden, um die Leistungsfähigkeit der Zuchtbetriebe zu erhöhen oder die Nichteinhaltung des Grundsatzes der guten Tierhaltungspraxis auszugleichen, betonen die Abgeordneten, die sich dafür einsetzen, den prophylaktischen Einsatz antimikrobieller Mittel (d.h. vorbeugend, trotz des Fehlens klinischer Anzeichen einer Infektion) auf einzelne Tiere und zu beschränken, und auch nur dann, wenn dies durch einen Tierarzt ausführlich gerechtfertigt wird.

Um die Resistenz gegen antimikrobielle Wirkstoffe zu bekämpfen, würde das überarbeitete Gesetz die EU-Kommission ermächtigen, antimikrobielle Wirkstoffe zu bestimmen, die ausschließlich für den Menschen verwendet werden dürfen.

Innovation

Zur Förderung der Erforschung neuer antimikrobieller Wirkstoffe setzen sich die Abgeordneten für die Schaffung von Anreizen ein, einschließlich eines längeren Schutzes technischer Unterlagen über neue Medikamente, eines gewerblichen Schutzes innovativer Wirkstoffe sowie eines Schutzes für bedeutende Investitionen in die Verbesserung eines bestehenden antimikrobiellen Arzneimittels.

Das Parlament wird am Donnerstag ebenfalls über einen Berichtsentwurf von Claudiu Ciprian Tănăsescu (S&D, RO) abstimmen, mit dem ein anderes Gesetz abgeändert werden soll, um das Zulassungsverfahren für das Inverkehrbringen von Tierarzneimitteln zu verbessern, indem es von dem Zulassungsverfahren für Humanarzneimittel abgekoppelt werden soll.

Hintergrundinformationen

Die Ziele der Gesetzesvorschläge sind:

- *die Verbesserung der Verfügbarkeit von Tierarzneimitteln;*
- *die Verringerung der Verwaltungslasten;*
- *die Förderung von Wettbewerbsfähigkeit und Innovation;*
- *das Funktionieren des Binnenmarkts zu verbessern; und*
- *das durch die Antibiotikaresistenz entstehende Risiko für die öffentliche Gesundheit anzugehen.*

Debatte: Mittwoch, den 9. März

Abstimmung: Donnerstag, den 10. März

Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren), erste Lesung

#veterinarymedicines #antimicrobialresistance #superbugs

Plenartagung

Weitere Informationen

- [Berichtsentwurf über Tierarzneimittel](#)
- [Berichtsentwurf über die Genehmigung und Überwachung von Humanarzneimitteln](#)
- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(17.02.2016\)](#)
- [Berichterstatterin Françoise Grossetête \(EVP, FR\)](#)
- [Berichterstatter Claudiu Ciprian Tănăsescu \(S&D, RO\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

Plenartagung

Kampf gegen Zigarettschmuggel: Abstimmung über Abkommen mit Tabakriesen

Um herauszufinden, ob die Abkommen zur Bekämpfung von Zigarettschmuggel und -fälschungen mit den vier größten Tabakfirmen auch Wirkung zeigen, muss die Überwachung verbessert werden, so die Abgeordneten in einem Entschließungsentwurf, über den sie am Mittwoch abstimmen. Laut dem Text sind sie mit der kürzlich durchgeführten Bewertung des Abkommens mit Philip Morris International (PMI), das im Juli 2016 ausläuft, nicht vollständig zufrieden.

Die Kommission wird nach der Abstimmung entscheiden, ob das Abkommen erneuert wird. Die Abgeordneten betonen, dass jegliche neuen Verhandlungen transparent sein müssen.

Unter den Kooperationsvereinbarungen mit der EU-Kommission haben die vier Tabakunternehmen zugesagt, der EU und ihren Mitgliedstaaten insgesamt 2,15 Milliarden Dollar zu zahlen, damit die Union die Verfahren zur Einziehung durch illegalen Handel mit Zigaretten verlorener Zölle gegen sie einstellt. Die Firmen haben ebenfalls eingewilligt, Schmuggel und Fälschungen von Tabakprodukten aktiv zu bekämpfen.

Der Bericht der Kommission besagt, dass durch das PMI-Abkommen 85% weniger originale PMI-Zigaretten zwischen 2006 und 2014 von den Mitgliedstaaten beschlagnahmt wurden. Es gibt jedoch weiterhin ernsthafte Zweifel unter den Abgeordneten über die tatsächliche Wirksamkeit des Abkommens zur Verringerung des Zigarettschmuggels, da durch die stark zugenommene Verbreitung sogenannter „cheap white“-Zigaretten (Zigarettenmarken, die von kleinen unabhängigen Herstellern in verschiedenen Regionen der Welt produziert werden) diese Lücke sofort geschlossen wurde.

Die Abgeordneten weisen in dem Entschließungsentwurf darauf hin, dass die 2014 verabschiedete EU-Tabakrichtlinie wichtige Instrumente, wie zum Beispiel ein interoperables System zur effizienten Rück- und Nachverfolgung von Zigaretten auf EU-Ebene, biete. Weiterhin sagen sie, dass die Mitgliedstaaten ihre Anstrengungen auf die Umsetzung dieser Richtlinie konzentrieren sollten. Die EU-Länder sollten auch ein Protokoll der WHO-Rahmenkonvention zur Tabakkontrolle (FCTC) ratifizieren, das die gleiche Absicht international verfolgt, fügen sie hinzu. Einige Abgeordnete erwarten, dass das PMI-Abkommen ad interim erneuert wird, bis die EU und die WHO-Instrumente voll funktionsfähig sind. Alle erwarten, dass die Verhandlungen vollständig transparent ablaufen werden.

Hintergrundinformationen

Zwischen den Mitgliedstaaten und der EU einerseits und Philip Morris International (PMI), Japan Tobacco International (JTI), Imperial Tobacco Limited (ITL) bzw. British American Tobacco (BAT) andererseits bestehen gegenwärtig vier Kooperationsvereinbarungen, die zwischen 2004 und 2010 abgeschlossen wurden. Die Unternehmen haben eingewilligt, insgesamt 2,15 Milliarden Dollar an die EU und die Mitgliedstaaten zu zahlen, damit diese die Verfahren gegen sie wegen Zigarettschmuggel einstellt. PMI hat in den vergangenen 12 Jahren 1,25 Milliarden Dollar gezahlt, die anderen Unternehmen den Rest. 90% der Einnahmen aus diesen Geschäften geht an die Mitgliedstaaten und 10% an den EU-Haushalt als Eigenmittel.

Die Tabakunternehmen haben zugesagt, zu verhindern, dass ihre Produkte in die Hände von Kriminellen gelangen, indem sie nur die Mengen liefern, die auf dem legalen Markt bestellt werden, indem sie darauf achten, nur legale Kunden zu beliefern und indem sie ein System einrichten, das es den Strafverfolgungsbehörden ermöglicht, illegal gehandelte Zigaretten aufzuspüren.

Schon 2006 hat das Parlament die Mitgliedstaaten und die Kommission aufgefordert, die PMI-Gelder zur Finanzierung von Maßnahmen zur Vorbeugung von Zigarettschmuggel und -fälschungen zu verwenden, da die Summen nicht für besondere Zwecke vorgemerkt sind.

Plenartagung

Debatte: Donnerstag, den 25. Februar

Abstimmung: Mittwoch, den 9. März

Verfahren: Anfrage zur mündlichen Beantwortung an die Kommission (mit Entschließung)

#tobacco #PMI

Weitere Informationen

- [Europäische Kommission: "Technical assessment of the Anti-Contraband and Anti-Counterfeit Agreement of 9 July 2004 among Philip Morris International and the EU and its Member States" \(auf Englisch\)](#)
- [EP Hintergrundinformationen: "Tobacco agreements - Fighting illicit tobacco trade" \(auf Englisch\)](#)
- [Tabaksmuggel: Webseite des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung OLAF \(mit Links zu den 4 Abkommen\)](#)
- [Debatte im Plenum \(25. Februar 2016\)](#)

Plenartagung

Entsendung von Arbeitnehmern ins Ausland: Debatte zu neuen Vorschriften

Am Dienstagnachmittag wird die für Beschäftigung zuständige EU-Kommissarin Marianne Thyssen vor dem Plenum die Neufassung der Vorschriften zur Entsendung von Mitarbeitern vorstellen, unmittelbar nach der Verabschiedung des Vorschlags durch das Kollegium der Kommissionsmitglieder.

Der mögliche Missbrauch und unfaire Wettbewerb durch soziales Dumping hat die Kommission in den vergangenen Jahren dazu veranlasst, verschiedene Bestimmungen zur Umsetzung der Vorschriften einzuführen, insbesondere hinsichtlich der Arbeitsbedingungen entsendeter Arbeitnehmer.

In einer separaten Debatte werden die Abgeordneten den Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker zum „AAA-Rating im sozialen Bereich“ befragen, das er im Oktober 2014 versprochen hatte. Sie interessieren sich unter anderem für den Zeitplan des Vorhabens sowie die genaue Definition und die Ziele, da seit dem Vorschlag keine neuen Einzelheiten bekanntgemacht wurden.

Debatte: Dienstag, den 8. März

Verfahren: Erklärung der Kommission mit anschließender Debatte; Anfrage zur mündlichen Beantwortung an die Kommission

#employment #postedworkers

Weitere Informationen

- [Webseite der EU-Kommission: Entsendung von Mitarbeitern](#)
- [Parlamentarische Anfrage: Was ist ein AAA-Rating im sozialen Bereich?](#)

Plenartagung

Internationaler Schutz für 'Whistleblowers'

Die Frage: "Wie beschützt man 'Whistleblowers'?" werden die Abgeordneten am Mittwoch der Kommission und dem Rat zur Diskussion stellen. Die Abgeordneten werden sich voraussichtlich mit dem Fall des Informanten und WikiLeaks-Gründers Julian Assange befassen.

Am 11. Februar schrieben 38 Abgeordnete dem EU-Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker und der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini aus Protest über die Behandlung von Assange. Sie betonten, man müsse den Standpunkt der UN-Arbeitsgruppe für willkürliche Inhaftierungen respektieren (United Nations Working Group on Arbitrary Detention WGAD), welche am 4. Dezember 2015 beschloss, dass Assange willkürlich von der schwedischen und britischen Regierung festgenommen wurde, freigesetzt werden sollte und Anspruch auf Entschädigung hat.

Debatte: Mittwoch, den 9. März

Verfahren: Erklärungen des Rates und der Kommission

#whistleblowers

@JulianAssange_ @wikileaks

Weitere Informationen

- [UN-Arbeitsgruppe für willkürliche Inhaftierung: Opinion No. 54/2015 of the United Nations Working Group on Arbitrary Detention \(auf Englisch\)](#)
- [United Nations Working Group on Arbitrary Detention \(auf Englisch\)](#)

Plenartagung

Effizientere Hafendienste zur Förderung von Handel und Wachstum

Am Dienstag stimmen die Abgeordneten über einen Gesetzesentwurf für effizientere und kostengünstigere Dienstleistungen in den Seehäfen der EU ab. Zu solchen Diensten gehören Schlepp-, Festmach- und Betankungsdienste. Die geplanten Vorschriften sollen für mehr Transparenz bei der Erhebung von Gebühren für genannte Dienstleistungen und für die Nutzung der Hafeninfrastruktur sorgen, um Preissmissbrauch zu verhindern und fairen Wettbewerb zu gewährleisten.

Die Abgeordneten unterstreichen, dass das Hafensystem der Union stark diversifiziert ist und bei der Organisation der Hafendienste zahlreiche unterschiedliche Modelle aufweist, und wollen sicherstellen, dass die bestehenden Hafenmanagementmodelle der Mitgliedstaaten künftig beibehalten werden können. Sie wollen den von der EU-Kommission vorgeschlagenen allgemeinen freien Marktzugang für Dienstleister mit spezifischen Regeln ersetzen, die greifen, wenn Häfen zum Beispiel die Anzahl der Dienstleister beschränken oder Anforderungen an deren berufliche Qualifikationen festlegen wollen.

Debatte: Montag, den 7. März

Abstimmung: Dienstag, den 8. März

Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren), erste Lesung

#portservices

Weitere Informationen

- [Berichtsentwurf über den Zugang zum Markt für Hafendienste und für die finanzielle Transparenz der Häfen](#)
- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(25.01.2016, auf Englisch\)](#)
- [Berichterstatter Knut Fleckenstein \(S&D, DE\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)
- [EP-Hintergrundinformationen: "The liberalisation of EU port services" \(auf Englisch\)](#)
- [Pressemitteilung des Rates zum Thema \(08.10.2014, auf Englisch\)](#)

Plenartagung

Haushaltsprioritäten 2017: Krisenbewältigung und rascherer Wirtschaftsaufschwung

Der EU-Haushalt 2017 sollte sich einerseits weiter auf die Bewältigung der Flüchtlingskrise konzentrieren, andererseits die Beschleunigung der langsamen wirtschaftlichen Erholung durch verstärkte und verbesserte Investitionen. So steht es in einem Entschließungsentwurf, über den das Parlament am Mittwoch abstimmt. Die Abgeordneten heben die aktuellen Probleme der Langzeit- und Jugendarbeitslosigkeit sowie die Ungleichheiten in der wirtschaftlichen Entwicklung in der gesamten EU hervor.

Sie betonen auch, dass Anstieg der Zahl der Flüchtlinge und Migranten nicht als vorübergehendes Phänomen betrachtet werden kann.

In dem Entschließungsentwurf des Berichterstatters Jens Geier (S&D, DE) warnen die Abgeordneten davor, dass mithilfe des EU-Haushalts diese Krisen nur eingeschränkt bewältigt werden können und dass es „erheblicher zusätzlicher Finanzmittel bedarf“. Sie betonen, dass auch bei der anstehenden Halbzeitüberprüfung des MFR (mehrjähriger Finanzrahmen der EU), die mit dem Verfahren für den Haushalt 2017 zusammenfällt, nach längerfristigen Lösungen gesucht werden sollte.

Hinweis für Medienvertreter

Die allgemeinen Leitlinien für die Vorbereitung des Haushaltsplans sind das erste Dokument, das das Parlament im jährlichen Haushaltsverfahren annimmt. Es enthält die Position der Abgeordneten für den jeweils anstehenden Haushaltsvorschlag, den die EU-Kommission gewöhnlich Ende Mai vorstellt. Der Haushalt des nächsten Jahres muss zum Ende des laufenden Jahres von Parlament und Rat verabschiedet werden. Beide sind gleichberechtigte Teile der Haushaltsbehörde.

Debatte: Dienstag, den 8. März

Abstimmung: Mittwoch, den 9. März

Verfahren: Haushaltsverfahren

#EUBudget #refugeecrisis

Weitere Informationen

- [Entschließungsentwurf über die allgemeinen Leitlinien für die Vorbereitung des Haushaltsplans 2017, Einzelplan III – Kommission](#)
- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(18.02.2016\)](#)
- [Berichterstatter Jens Geier \(S&D, DE\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)
- [Hintergrundinformationen: Haushaltsbefugnisse des EP](#)
- [Kurzdarstellung: Das Haushaltsverfahren](#)

Plenartagung

Contergan-Opfer: Debatte mit der EU-Kommission

50 Jahre nach dem Contergan-Skandal kämpfen die Opfer in mehreren EU-Ländern noch immer für eine angemessene Entschädigung. Der Arzneistoff Thalidomid (Markenname: Contergan) wurde während der 1950er und 1960er Jahre zur Behandlung morgendlicher Übelkeit bei schwangeren Frauen vermarktet. Später erwies sich, dass Thalidomid schwere Geburtsschäden verursachte. Die Abgeordneten werden mit der Kommission über eine mögliche EU-Unterstützung für die Opfer diskutieren.

Thalidomid wurde in den späten 1950er und den frühen 1960er Jahren für die Behandlung von Morgenübelkeit von Schwangeren sowie bei Kopfschmerzen, Schlaflosigkeit und Erkältungen eingesetzt. Das Medikament wurde zu diesem Zweck jahrelang in verschiedenen europäischen Ländern vermarktet. Es stellte sich jedoch heraus, dass die Einnahme schwerwiegende Nebenwirkungen bei Schwangeren hervorrief und ihre Kinder mit Fehlbildungen geboren wurden. Die Opfer suchen noch immer nach einer Lösung, um die Kosten, die ihnen aufgrund ihrer gesundheitlichen und körperlichen Verfassung entstehen, zu decken.

Debatte: Mittwoch, den 9. März

Verfahren: Erklärung der Kommission mit anschließender Debatte

#Thalidomide

Weitere Informationen

- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

Plenartagung

Weitere Tagesordnungspunkte

Weitere Themen auf der Tagesordnung

- Verfahrensgarantien in Strafverfahren für verdächtige oder beschuldigte Kinder - *Bericht: Caterina Chinnici, Debatte Dienstag, Abstimmung Mittwoch*
- Bankenunion – Jahresbericht 2015 - *Bericht: Roberto Gualtieri, Debatte und Abstimmung Mittwoch*
- Berichte 2015 über die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und über Montenegro - *Erklärungen des Rates und der Kommission, Debatte Mittwoch, Abstimmung Donnerstag*
- Abkommen EG/Andorra über die Besteuerung von Zinserträgen - *Bericht: Miguel Viegas, Abstimmung Mittwoch*
- Lage in Eritrea - *Erklärung der Vizepräsidentin der Kommission/Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, Debatte Mittwoch, Abstimmung Donnerstag*
- Interinstitutionelle Vereinbarung über bessere Rechtsetzung - *Bericht: Danuta Maria Hübner, Debatte Dienstag, Abstimmung Mittwoch*
- Jahresbericht 2014 über den Schutz der finanziellen Interessen der EU – Betrugsbekämpfung - *Bericht: Benedek Jávor, Debatte Montag, Abstimmung Dienstag*
- Für eine florierende datengesteuerte Wirtschaft - *Anfrage zur mündlichen Beantwortung, Debatte Dienstag, Abstimmung Mittwoch*
- Was sind AAA-Ratings im sozialen Bereich? - *Anfrage zur mündlichen Beantwortung, Debatte Dienstag*
- Marktpreise für Schweine, *Anfrage zur mündlichen Beantwortung, Debatte Donnerstag*
- Debate zum Zika-Virus, *Anfrage zur mündlichen Beantwortung, Debatte Donnerstag, Entschließung im April*